



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24834 - 33  
Fernschreiber 088690

Z/XIV/164 - 25. Juli 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Brennendes Problem: Zusammenarbeit der Industrieländer mit den Entwicklungsländern	51
	Interview mit U KYAW NYEIN - ehemaliger stellv. Ministerpräsident von Burma und U HLA AUNG - Generalsekretär der "Asiatischen Konferenz" und Abgeordneter	
2 - 3	Der Nervenkrieg geht weiter Günter Markscheffel berichtet aus Genf	80
4 - 5	Oktoberwahlen in Großbritannien Vom Gipfel zur Wahlurne	72
6	Politisierete Milch Klätliches Verhalten der sowjetischen Regierung	47

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

Brennendes Problem: Zusammenarbeit der Industrieländer  
mit den Entwicklungsländern

Interview mit U KYAW NYEIN - ehemaliger stellv.  
Ministerpräsident von Burma und

U HLA AUNG - Generalsekretär der "Asiati-  
schen Konferenz" und Abgeordneter

SPD-Pressedienst: Sie waren Teilnehmer des VI. Kongresses der Sozialisti-  
schen Internationale in Hamburg. Haben Sie diese Gelegenheit wahrgenommen,  
um Kontakte mit den Vertretern europäischer sozialistischer Parteien auf-  
zunehmen?

U KYAW NYEIN: Wir hatten Gelegenheit, in Hamburg nicht nur mit den Führern  
der sozialistischen Parteien zu sprechen, sondern auch mit Vertretern unserer  
eigenen asiatischen Parteien, die nach Hamburg gekommen waren, so zum  
Beispiel die Japaner, Israelis, Indonesier, Inder und Vietnamesen. Für uns  
war besonders interessant der Kontakt mit europäischen Parteien, darunter  
mit den Führern der Labour-Party, Gaitskell und Bevan, und mit vielen an-  
deren, die wir nicht mehr alle aufzählen können. Auch hatten wir Gelegen-  
heit, mit dem Vorstand der Sozialistischen Internationale ausführlich zu  
sprechen, und wir haben uns besonders gefreut, daß die SPD einen Empfang  
für die asiatischen Parteivertreter gegeben hat. Wir konnten also sehr  
viele Unterhaltungen führen und Unterrichtungen erfahren.

SPD-Pressedienst: Ergab sich aus diesen Gesprächen die Möglichkeit zu ei-  
ner Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der "Asiatischen Sozialis-  
tischen Konferenz" und der "Sozialistischen Internationale"?

U KYAW NYEIN: Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organen, der "Asiati-  
schen Sozialistischen Konferenz" und der "Sozialistischen Internationale"  
hat sich im Laufe der letzten Zeit weiter und enger entwickelt, und wir  
glauben, daß das nach der Hamburger Tagung noch mehr der Fall sein wird.

SPD-Pressedienst: Welche der in Hamburg gefaßten Entschlüsse hat für die  
asiatischen sozialistischen Parteien eine besondere Bedeutung?

U KYAW NYEIN: Es gibt eine Reihe von Abschnitten in der Revolution, die  
sich mit europäischen Problemen befassen, doch aber weltweite Bedeutung  
haben. Naturgemäß interessierte uns als Asiaten aber am meisten die Ent-  
schlüsselung über die Zusammenarbeit der Industrieländer mit den Entwick-  
lungsländern. Das ist für uns ein brennendes Problem.

SPD-Pressedienst: Welches sind die wichtigsten Probleme, vor die sich die  
asiatischen sozialistischen Parteien gestellt sehen?

U KYAW NYEIN: Wie die europäischen Parteien sind auch wir in erster Linie  
daran interessiert, den Weltfrieden zu sichern, denn ohne diesen ist ein  
Aufbau unserer Länder nicht möglich. Abgesehen davon ist unser größtes  
Problem die wirtschaftliche Entwicklung unserer Länder.

SPD-Pressedienst: Welche Möglichkeit sieht die Organisation der asiatischen  
sozialistischen Parteien, um zur Lösung dieses Problems beizutragen?

U HLA AUNG: Auf der sogenannten "Wirtschafts-Experten-Konferenz" in Asien  
wird der Versuch unternommen, die besonderen Probleme der wirtschaftlichen  
Entwicklung Asiens zu studieren. Wir haben außerdem den Vorschlag unter-  
breitet, daß diese Experten mit den Experten der sozialistischen europä-  
ischen Länder zusammentreffen, vor allem aus den Staaten, aus denen man  
sozialistische Erfahrungen sammeln kann, um gemeinsam zu beraten, wie man  
den asiatischen Ländern helfen kann.

SPD-Pressedienst: Wir danken Ihnen, wünschen eine gute Heimkehr und viel  
Erfolg in Ihren Bemühungen um die Verbesserung der Lebensverhältnisse der  
asiatischen Völker.

Der Nervenkrieg geht weiter

Günter Markscheffel berichtet aus Genf

Wenn die dritte Woche der zweiten Konferenzphase beginnt, wird man voraussichtlich versuchen, eine Zwischenlösung für Berlin ernsthaft zu diskutieren. Das war der Eindruck bei den Delegationen der "Großen Vier" am Samstag, und diese Vermutung läßt auch die Tatsache zu, daß die Experten über das Wochenende entsprechende "Arbeitspapiere" zu analysieren haben.

Es gibt eine große Schwierigkeit bei der Lösung dieses Problems. Das ist die Frage der Stärke der alliierten Verbände in West-Berlin. Die Sowjets fordern eine Verringerung der Truppenstärke von 11.000 auf 2.000 bis 3.000 Mann, während der Westen nichts von einer Reduzierung wissen will, dafür aber den Russen anbietet, keinerlei Verstärkung der Kontingente vorzunehmen. Außerdem will sich der Westen verpflichten, die in West-Berlin stationierten Verbände keinesfalls mit Raketen- oder Atomwaffen auszurüsten.

Zu welchem Ergebnis die bereits intern über diese Frage geführten Gespräche gelangen werden, ist ganz ungewiß. Samstag sprach man auf russischer und britischer Seite von einem "goldenen Mittelweg", während Amerikaner und Franzosen ganz kategorisch erklärten, da die jetzt in West-Berlin stationierten Truppen ohnehin nur symbolische Bedeutung ohne entscheidende Kampfkraft hätten - was von den Russen keineswegs bestritten wird -, sei nicht einzusehen, warum man um deren Reduzierung so viel Aufhebens mache. Moskau könne zufrieden sein, wenn man die Kontingente nicht verstärke und auf deren Bewaffnung mit Raketen verzichte, zumal niemand die Alliierten daran hindern könnte, dies - wenn sie wollten - zu tun. Bei der Delegation der Bundesrepublik wird so ähnlich argumentiert.

Dieses kleine Beispiel mag zeigen, wie zäh hier um jede Position gerungen wird. Im Falle Berlin muß der Westen auch daran denken, daß jedes auch nur scheinbare Nachgeben gegenüber den Sowjets große psychologische und politische Auswirkungen nicht nur auf die Bevölkerung des freien Berlin, sondern auch auf den ganzen freien Westen und die neutralen asiatischen sowie afrikanischen Völker haben könnte.

\* \* \*

Was mit einem "irgendwie gearteten gesamtdeutschen Ausschuß" werden soll, wagt niemand vorauszusagen. Die Russen beharren auf ihrer Forderung, daß "in dieser Richtung etwas geschehen", daß man darüber verhandeln müsse, da - wie sie sagen - eine Zwischenlösung für Berlin nur einen Sinn habe, wenn gleichzeitig oder parallel das gesamtdeutsche Problem auf der Tagesordnung bleibe.

+ + +

25. Juli 1959

Auf diese Weise kann das Tauziehen in Genf noch eine ganze Weile weitergehen, zumal weder Ost noch West die Verantwortung für den Abbruch der Verhandlungen auf sich laden wollen.

\* \* \*

west-

Einem/deutschen Beobachter dieser Außenminister-Konferenz, der nicht im Fahrwasser der Sprachregelung der Bundesregierung schwimmt, drängt sich unabweisbar immer wieder die Frage auf, wie der Verhandlungsablauf hätte sein können, wenn man sich in Bonn auf der Grundlage der weltpolitischen Realitäten auf diese Konferenz richtig vorbereitet hätte. Zu diesen Realitäten gehört nach wie vor die militärische Blockpolitik und Bonns freiwilliger Verzicht, sie zu überwinden und durch eine bessere, der Entspannung, und damit der Wiedervereinigung dienende Politik zu ersetzen. Seit Jahren hat die Bonner Regierung das Gegenteil getan.

Als schließlich klar wurde, wie ausweglos die sogenannte "Politik der Stärke" geworden war, und als die Opposition mit ihrem Deutschlandplan eine Grundlage für erfolgversprechende Verhandlungen geschaffen hatte, blies man sich in Bonn erst recht auf und spielte weiter den starken Mann. Grotesk und phantastisch wirkt das alles, wenn man aus Moskau hört, daß sich die wirklichen Akteure im großen Spiel der Kräfte freundlich aber bestimmt einander versichern, sie könnten sich gegenseitig auslöschen.

\* \* \*

Die Weigerung Bonns, in Mitteleuropa eine Hebelstellung für eine Politik zunächst zur militärischen und dann zur politischen Entspannung einzunehmen, hat zu einem großen Teil die jetzige Situation in Genf heraufbeschworen.

Die systematische Obstruktion aller Entspannungsideen, angefangen vom Rapacki-Plan für Kennan, Gaitskell bis zur Deutschlandplan der SPD, die Verhinderung einer Politik, die das Herauslösen West- und Mitteldeutschlands aus den Militärblöcken ermöglicht hätte -, all das türmt sich jetzt als schwere Hypothek über den Genfer Verhandlungen auf.

Dabei scheinen sich einige Leute wohlzufühlen; auch in Pankow, wo man sich seiner Statthalterrolle wohl bewußt ist und sich im Schatten des großen Moskauer Bruders sicher fühlt.

\* \* \*

Vielleicht bringt die Pause an diesem Wochenende Rat. Vielleicht gelingt es dem unerschütterlichen Vermittler Selwyn Lloyd, ein kleines Stückchen Vernunft in die Verhandlungen hineinzubringen. Vielleicht wird in Moskau zwischen Nixon und Chruschtschow ein Wort gesprochen, das auflockernd wirkt. Vielleicht ...

Ein Trost ist aber doch bei aller Undurchsichtigkeit, bei all den Bemühen um die "Wahrung des Gesichts" auf beiden Seiten noch vorhanden. Die Tatsache, daß keiner von den "Großen" abbrechen will. Zunächst geht der Nervenkrieg also weiter.

+ + +

Oktoberwahlen in Großbritannien

E.A., London

Noch fehlt ein autoritatives Wort Macmillans, was die Oktoberwahlen für das britische Unterhaus zu einer Gewissheit machen würde. Trotzdem rechnet man allgemein damit, und nur der genaue Wahltermin - ob am 15., 22. oder 29. Oktober - ist noch eine unstrittene Frage. Gewiß, Macmillan allein wird entscheiden, - und er könnte sich aus diesen oder jenen Gründen einen Notausgang für Wahlen erst im Februar offenhalten. Dagegen spricht allerdings, daß niemand den allerletzten Termin befürwortet, welcher der Regierungspartei den Anschein der Tor-schlußangst geben würde.

Die ausschlaggebenden Kräfte in Tory-Lager haben sich entschieden. City, Hochfinanz und Wirtschaft haben bereits "Wahlnerven" und zeigten mit scharfen Kursrückgängen ihre Nervösität. Im Establishment aber, d.h. in den traditionell konservativen Kreisen von Adel, Kirche, Beamtenadel usw., gilt Oktober als "vernünftige Gewissheit". Wenn Wirtschaft, Börse und Hochtories in einheitlicher Front Oktober als Wahltermin verlangen, dann kann kein konservativer Parteiführer ihrem Drang widerstehen. Man überläßt ihm nur die kleine taktische Entscheidung, daß er den bestmöglichen Tag im Oktober aussuchen darf.

Die Regierung hat dem Drang, ohne es offensichtlich werden zu lassen, auch bereits nachgegeben. Sie verteilt kleine Geschenke an möglichst viele; sie hat bereits die Wohlfahrtssätze etwas heraufgesetzt und wird demnächst auch die so ärgerlichen Gebühren für Rezeptverschreibungen im nationalen Gesundheitsdienst aufheben. Es handelte sich da um eine einfache Besteuerung der breiten Massen, die für ihr Fläschchen Pillen oder Medizin je 60 Pfennig für jede Verschreibung entrichten mußten. Die Ärzte sind ärgerlich darüber, daß sie als Steuereintreiber für diese indirekte Abgabe fungieren müssen und haben einstimmig ihre Abschaffung verlangt. Sie wird kommen und ein anderes kleines Wahlgeschenk an die Millionen bedeuten. Allerdings scheint sich die Regierung nicht dazu aufraffen zu können, die Altersrenten und Pensionen noch vor Oktober zu erhöhen -, dagegen gibt es nämlich innerhalb der Tory-Partei erhebliche Widerstände. So mag die konservative Partei ein dahingehendes Versprechen in ihr Wahlprogramm schreiben, das sie nach dem Siege einlösen oder vergessen könnte.

Selbstverständlich möchte Macmillan Wahlen und Wahlkampf so abstimmen, daß sie zu seinem außenpolitischen Programm passen. Er hofft auf eine Gipfelkonferenz, die eine Beruhigung für die Bevölkerung und ein vermehrtes Prestige für den Regierungschef bringen könnte. Die Anzeichen deuten darauf hin, daß die Gipfelkonferenz Ende August oder Anfang September gehalten werden wird. Danach könnte Macmillan ein neues Mandat von der Wählerschaft fordern, um das gute Werk, das auf einer ersten Spitzenkonferenz begonnen wurde, in weiteren Gipfelverhandlungen fortzusetzen. Wichtiger aber sind die innenpolitischen Erwägungen, die dem Zentralamt der Konservativen Oktober als den geeignetsten Wahltermin erscheinen lassen. Der Beschäftigungsgrad hat sich zufriedenstellend entwickelt, die Industrieproduktion hat angezogen, die Preise und Lebenshaltungskosten sind seit einigen Monaten stabil geblieben. Wie lange wird das vorhalten? Arbeitskämpfe mögen im Herbst Löhne und Preise wieder erhöhen, die Hochbeschäftigung könnte bei Winteranfang wieder abflauen. Im Oktober aber dürfte das alles noch nicht ins Gewicht fallen.

Schließlich aber glauben die Konservativen, noch eine andere Trumpfkarte in der Hand zu haben, nämlich die Auseinandersetzungen im Labour-Lager über atomare Abrüstung. Allerdings ist man da schon wieder etwas vorsichtiger geworden. Als der Generalsekretär der Transportarbeiter, Frank Cousins, die neue Labour-Plattform für Abrüstung ablehnte, jubilierte die konservative Presse, nun habe Labour die Wahlen schon verloren. Die weitere Entwicklung aber dämpfte den Jubel. Hugh Gaitskell, unterstützt von Bevan, hat die Partei zusammengerissen, hat darauf hingewiesen, daß ehrliches Ringen um ein die ganze Menschheit angehendes Problem eher ein Zeichen der Stärke als der Schwäche sei und damit tatsächlich weiteste Kreise beeindruckt. Die Auseinandersetzungen im Labour-Lager werden deshalb nicht mehr als ein Zeichen der Selbstzerfleischung hingestellt werden können. Die Auseinandersetzung mag zunächst Kräfte binden, die man besser für den schon längst eingesetzten Wahlkampf verwenden könnte. Aber es scheint jetzt schon festzustehen, daß besonders jüngere Wähler sich lieber an einer ernsthaften Diskussion beteiligen, wie sie im Labour-Lager stattfindet, als sich einer teilnahmslosen Herde anzuschließen, die der konservativen Tradition und Führung blind durch dick und dünn folgt. Daher beurteilen sogar ernsthafte Beobachter im konservativen Lager die Wahlchancen Macmillans nicht besser als 50 zu 50.

### Politisierte Milch

W.P. - Die Hoffnung des SED-Organs "Neues Deutschland", dass der Regen am Wochenende das "ganze Geschwätz der Frontstadtresse" über den Milchmangel in der Sowjetzone "wegspülen" werde, hat sich nicht erfüllt. Das Hochdruckgebiet im Westen bleibt auch für die nächsten Tage für uns wetterbestimmend. Angesichts dieser von der Landwirtschaft in Ost- und Westdeutschland bedauerten Tatsache musste sich die Sowjetzonen-Regierung am vergangenen Donnerstag mit der Frage der Milchversorgung der Bevölkerung befassen und Massnahmen für die besonders gefährdeten Bevölkerungsteile beschliessen. Was nach einer Meldung der Nachrichtenagentur ADN dabei herausgekommen ist, kann aber nur geradezu klüglich genannt werden. Man will die Molkereien veranlassen, so heisst es, höhere Milchpreise zu zahlen, während die landwirtschaftlichen Betriebe gedrängt werden sollen, ihren Eigenverbrauch zu senken. Als ob dadurch nennenswerte Mehrlieferungen zu erwarten wären! Eine solche Verlautbarung heisst natürlich lediglich der Bevölkerung propagandistischen Sand in die Augen streuen in der Erwartung, dass der Regen nach den Regeln der Wahrcheinlichkeit ja doch eines Tages kommen muss. Es ist die Methode der Medizinmänner der Primitiven.

Eine wirkliche wirksame Abhilfe zu schaffen, wäre indes mit der Annahme des Angebots aus der Bundesrepublik leicht möglich gewesen. Dazu konnte man sich jedoch nicht entschliessen. Offensichtlich verstehen die Zonen-Machthaber nicht, dass die Versorgung der mitteldeutschen Bevölkerung mit Trinkmilch für uns im Westen mehr ist als eine Gelegenheit zur "Hetze gegen die DDR", nämlich ein Herzensanliegen, eine Sorge um den notleidenden Bruder, dem man aus einer augenblicklichen Verlegenheit hilft. Gerade diesen Eindruck aber möchte man anscheinend vermeiden und unterstellt darum dem westdeutschen Hilfeangebot Motive, über die sich der Mann auf der Strasse nur lustig machen kann. "Unsere Bevölkerung ist an Lemmers Milch nicht interessiert, denn sie ist radioaktiv", schrieb "Neues Deutschland", die Bevölkerung solle durch "Lemmer-Milch nicht gefährdet" werden. Die Massnahmen der Sowjetzonen-Regierung für die dürregeschädigten Bauern könnten Westdeutschland im übrigen nur zum Vorbild dienen. Man rede dort nur über Milch, "um von der atomaren Aufrüstung abzulenken".

Hinter allen diesen Propagandafloskeln, die der Sowjetzonen-Bevölkerung seit Jahren zum Halse heraushängen, verbirgt sich im Grunde das Leid der deutschen Spaltung, unter dem die unterdrückte mitteldeutsche Bevölkerung besonders schwer zu tragen hat. Gerade an dieser materiell relativ belanglosen Frage von Milchlieferungen ist nämlich die Diskrepanz zwischen den hochtönenden Phrasen des Zonen-Aussenministers Dr. Bolz in Genf und einer echten gesamtdeutschen Verständigungsbereitschaft zu erkennen. Wenn es schon nicht möglich ist, auf dem kleinen Sektor des Austausches landwirtschaftlicher Güter eine vernünftige Regelung herbeizuführen, wie soll es dann möglich sein, über Fragen der Wiedervereinigung sachlich zu diskutieren?